

AfD Fraktion im Rat der Stadt Hagen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaefsfuehrung@afd-hagen.de

Aktenzeichen: 09.02.2023_RAT_02

Hagen, 23.01.2023

Anfrage zur Tagesordnung des Rates der Stadt Hagen am 09.02.2023 gem. § 5 GeschO

Finanzielle Entlastung der Kommunen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

dass durch steigende Zinsen die Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen in immer größerem Maße eingeschränkt wird ist kein Geheimnis. Der Finanzbericht des RVR unterstreicht nochmals diese Situation.

Im Kontext der Überschuldung der Stadt Hagen müssen auch andere Ursachen benannt werden, wie z. B. die steigende illegale Zuwanderung.

Der sich stetig aufblähende Sozialhaushalt schränkt die Möglichkeiten des Ansparens, des Schuldenabbaus und damit auch die Möglichkeit der Neuinvestitionen ebenfalls weiterhin erheblich ein.

Für alle Kommunen in Deutschland in ähnlicher Lage ist diese Situation eine existentielle Herausforderung und Bedrohung.

Selbst der Oberbürgermeister räumt in seiner veröffentlichten Neujahrsrede 2023 an die Hager Bürger ein, dass die „illegale Dauerzuwanderung ein Problem für die Stadt darstellt“. Eine Situation, vor der die AfD-Hagen schon lange gewarnt hat.

Da viele Kommunen in Deutschland, insbesondere in NRW, überschuldet sind, ist es daher sinnvoll, über die Ursachen von Schulden und Ihren Abbau zu reflektieren.

Ein Schuldenschnitt – darin sind sich alle Kommunalpolitiker einig – ist längst überfällig, um eine Handlungsfähigkeit dieser Kommunen aus Verantwortung gegenüber ihren Bürgern wieder herzustellen.

Inzwischen wurden Verhandlungen wegen des Schuldenerlasses aufgenommen.

In diesem Kontext bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen in Sachen Schuldenerlass mit dem Land und dem Bund?
2. Um welche Geldsummen (bzw. prozentualen Erlass) handelt es sich im Fall der Stadt Hagen?
3. Denkt die Verwaltung darüber nach, Menschen mit abgelehntem oder geduldetem Aufenthaltsrecht in Verbindung mit dem Land NRW abschieben zu lassen, um größeren wirtschaftlichen Spielraum zu erlangen?

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin